

Niederschrift über die 38. Sitzung der Gemeindevertretung (7.Wahlperiode) der Gemeinde Ostseebad Binz am 11.05.2023

-öffentlicher Teil-

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Ort: Haus des Gastes, Heinrich-Heine-Straße 7

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Zu TOP 1.1.1, 1.2

Herr Kurowski begrüßt die Gemeindevertreter/innen, den Bürgermeister und die Gäste. Er stellt fest, dass fristgerecht geladen wurde. Entschuldigt sind Herrn Hennig, Herrn Tomschin, Herrn Deutschmann und Herrn Schulz. Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 13 von 17 Gemeindevertretern gegeben.

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Feststellen der form- und fristgerechten Ladung
 - 1.2. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Feststellen der Tagesordnung

Tagesordnung - öffentlicher Teil

3. Bestätigung der Niederschrift über die 36. Sitzung der Gemeindevertretung vom 06.03.2023 - öffentlicher Teil
4. Bestätigung der Niederschrift über die 37. Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.03.2023 - öffentlicher Teil
5. Informationen des Vorsitzenden/ Bürgermeisters
6. Bericht des Bürgermeisters
7. Anfragen der Gemeindevertreter
8. Einwohnerfragestunde
9. Abberufung der 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters
10. Wahl 1. Stellvertreterin / Stellvertreter des Bürgermeisters
11. Wahl 2. Stellvertreterin / Stellvertreter des Bürgermeisters
12. Wahl der Gemeindewahlleiterin / des Gemeindewahlleiters

13. Wahl der stellvertretenden Gemeindevorstandlerin / des stellvertretenden Gemeindevorstandlers
14. Beschlussvorschlag zur 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022/2023 und dem dazugehörigen Nachtragshaushaltsplan
15. Vorstellung des Prüfungsauftrages des Beschlusses Nr. 753-35-2023 bezüglich eines Konzepts für einen Neubau der Regionalen Schule, sowie Kindertagesstätte, Hort und Freizeitzentrum auf dem MZO-Gelände auf einem Campus gemeinsam mit der Grundschule
16. Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Zentrum“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre
17. Beschlussvorlage über das gemeindliche Einvernehmen zum Bauvorhaben: „Nutzungsänderung von Einzelhandel zu Café sowie Errichtung einer Werbeanlage“ – Strandpromenade 24
hier: Antrag auf Ausnahme nach § 14 Abs. 2 BauBG von der Veränderungssperre im Bereich der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Zentrum“ der Gemeinde Ostseebad Binz
18. Bestellung eines Mitgliedes des Seniorenbeirates der Gemeinde Ostseebad Binz

Tagesordnung – nichtöffentlicher Teil

19. Bestätigung der Niederschrift über die 36. Sitzung der Gemeindevertretung vom 06.03.2023 - nichtöffentlicher Teil
20. Bestätigung der Niederschrift über die 37. Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.03.2023 - nichtöffentlicher Teil
21. Informationen/Mitteilungen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift über die 36. Sitzung der Gemeindevertretung vom 06.03.2023 – öffentlicher Teil

Beschluss-Nr. 791-38-2023

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.05.2023 über die Niederschrift der 36. Sitzung der Gemeindevertretung vom 06.03.2023 - öffentlicher Teil.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	10
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	3

TOP 4. Bestätigung der Niederschrift über die 37. Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.03.2023 – öffentlicher Teil

Beschluss-Nr. 792-38-2023

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.05.2023 über die Niederschrift der 37. Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.03.2023 - öffentlicher Teil.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	11
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	2

TOP 5. Informationen des Vorsitzenden/ Bürgermeisters

Herr Kurowski informiert darüber, dass Herr Gardeja, Herr Müller, Herr Schneider und einige Gemeindevertreter am Montag in Berlin beim Petitionsausschuss waren. Er erteilt Herr Müller das Wort für eine Zusammenfassung der Vorkommnisse.

Herr Müller bedankt sich bei allen, die am Montag anwesend waren und ihre Unterstützung kundgetan haben. Er selbst empfand die Diskussion als sehr konstruktiv, sachlich und gut. In Bezug auf Transparenz und Kommunikation seitens des Bundes sei er jedoch enttäuscht, da bereits am Tag nach dem Petitionsausschuss Informationen bezüglich des LNG-Standortes publiziert wurden, die während des Ausschusses nicht kommuniziert bzw. verheimlicht wurden. Die weitere Entwicklung sei nun abzuwarten. Der Petitionsausschuss werde voraussichtlich in sechs bis acht Wochen eine Empfehlung aussprechen. Darüber hinaus sei ein weiterer Termin vor Ort geplant.

Herr Schneider bekräftigt die zuvor getroffenen Aussagen von Herrn Müller. Darüber hinaus merkt er an, dass das zahlreiche Erscheinen der über einhundert Zuschauer einen positiven Eindruck gemacht und das Engagement aller Betroffenen verdeutlicht habe. Auch er selbst empfinde die unterschlagenen Informationen, bezüglich des Standortes, als höchst befremdlich. Auf diese Art und Weise während des Ausschusses belogen zu werden sei einfach unerhört und er sei froh darüber, dass viele Petitionsmitglieder diese Ansicht teilen. Die Problematik der Transparenz und Kommunikation spiegle sich auch in der aktuellen Situation wieder. Am Freitag sei der Bundeswirtschaftsminister in Mukran „in alt bekannter Runde“ vor Ort, doch mehr sei leider nicht bekannt. Eine angemessene Vorbereitung sei aufgrund der Kurzfristigkeit und der spärlichen Informationen schlichtweg nicht möglich. In diesem Zuge bedankt er sich noch einmal bei allen Anwesenden und Mitwirkenden für den Zuspruch und die Unterstützung. Der Grundtenor der Rückmeldungen sei nach wie vor überwiegend positiv. Grundlegend habe er jedoch festgestellt, dass die Argumentationssituation sich verändert habe. Es gehe jetzt nicht mehr um Mangellage, sondern um Überkapazitäten und darum, dass wir auch andere Länder mit versorgen können müssen. Warum allen Beteiligten nicht von vorne herein, also seit letztem Jahr, reiner Wein eingeschenkt werde sei ihm an dieser Stelle nicht begreiflich. Er selbst werde sich jedoch weiterhin in aller Deutlichkeit und ganz entschieden gegen LNG aussprechen.

Herr Kurowski bedankt sich für die Ausführung und versichert, dass es auch in

Zukunft Strategien und Absprachen geben wird, um dieses Vorhaben doch noch abwenden zu können.

Herr Schneider informiert darüber, dass es am 23.05.2023 um 18 Uhr eine Informationsveranstaltung zu dieser Thematik geben werde. Genauere Details werden in den kommenden Tagen publiziert.

TOP 6. Bericht des Bürgermeisters

Der Bericht des Bürgermeisters wurde am Mittag des Sitzungstages digital an alle Gemeindevertreter versandt. Seit dem 12.05.2023 ist er darüber hinaus auch auf der Website der Gemeindeverwaltung einzusehen.

TOP 7. Anfragen der Gemeindevertreter

Frau Dr. Tomschin merkt an, dass es jedes Jahr in Prora die Problematik der Kiefern-Prozessionsspinner gebe. Sie habe bereits Rücksprache mit Frau Reuther vom Gesundheitsamt gehalten und möchte an dieser Stelle wissen ob seitens der Gemeinde im Vorfeld Maßnahmen geplant seien.

Herr Schneider stimmt Frau Dr. Tomschin zu und ergänzt, dass die Thematik seit mehreren Jahren bekannt sei und nicht nur die Gemeinde Ostseebad Binz betreffe.

Herr Gardeja informiert über den Austausch mit dem Landkreis zu dieser Thematik. Darüber hinaus werde ein Merkblatt zur Verfügung gestellt, Schilder aufgestellt und die betroffenen Gegenden, mit dem Eigentümer zusammen, überwacht. Wie auch in den letzten Jahren werde man die geschlüpften Kiefern-Prozessionsspinner einsammeln und die Vorkommen an den Landkreis und das Gesundheitsamt übermitteln.

Frau Dr. Tomschin stellt klar, dass ihr das aktuelle Verfahren bekannt sei. Sie wolle wissen ob es z.B. biologische Möglichkeiten gebe um bereits im Vorfeld Maßnahmen ergreifen zu können.

Herr Gardeja verweist auf eine Antwort des Landkreises und des Gesundheitsamtes, dass das Einsammeln zurzeit das vorrangige Mittel der Wahl sei. Es sei nicht empfohlen mit Befliegung oder Fallenanlagen zu arbeiten. Darüber hinaus kümmere sich die Gemeinde um die eigenen Flächen. Ein Großteil der Flächen liege allerdings im Eigentum der jeweiligen Investoren. Diese seien jedoch informiert und stimmen sich aktiv mit den jeweiligen Ämtern ab.

TOP 8. Einwohnerfragestunde

Frau Löhr spricht sich positiv darüber aus, dass die Gemeinde gemeinsam gegen LNG vorgeht. In Bezug auf das morgige Treffen mit dem Bundeswirtschaftsminister möchte Sie wissen was die Bürger noch tun könnten. Sie selbst spricht sich für massive Proteste und Ähnliches aus um stark und entschlossen die Meinung der Betroffenen darzustellen. Den Brief bezüglich des finalen Standortes, noch bevor der

Petitionsausschuss überhaupt getagt hat, sehe sie als unvereinbar mit der Demokratie wenn nicht sogar als Straftat.

In diesem Zuge möchte sie gern wissen, ob bereits eine Klage rausgegangen ist, ob dies noch passiert und ob man eine solche Klage noch ausweiten könnte. Ihrer Meinung nach habe Herr Habeck einen Amtseid zum Wohle des deutschen Volkes geleistet. Wenn er jetzt Argumente für andere Länder sammle sei das in ihren Augen ein Meineid. Man müsse sich an dieser Stelle aktiv und aggressiv Gehör verschaffen um vorankommen zu können. Daher sei es umso wichtiger gemeinsam als Gemeinde vorzugehen und die Tötung der Wirtschaft und des Tourismus zu verhindern. Sie bedankt sich für das bisher gezeigte Engagement und bittet darum weiter geschlossen und mit Nachdruck vorzugehen.

Des Weiteren möchte Frau Löhr gern wissen ob die Kündigung an Herrn Schäfer rausgegangen sei und was wir mit dem Tourismusverband Herrn Weitendorf machen, der sich in Bezug auf die LNG-Thematik in Schweigen hüllt.

Herr Schneider bittet darum die Emotionen ein bisschen zurück zu stellen und im Sinne des demokratischen Denkens und Handelns zu agieren.

Die Kündigung sei bereits an Herrn Schäfer rausgegangen.

In Bezug auf das zweite Schreiben seitens des Bürgermeisters an die Bundesregierung stellt er klar, dass eine Verschärfung des Wortlautes bewusst gewählt worden sei. Die vorherigen Bekundungen hatten bis zu diesem Zeitpunkt wenig Wirkung gezeigt. Das zweite Schreiben wurde also in Zusammenarbeit mit den anderen Bürgermeistern aufgesetzt, um mit Nachdruck den Standpunkt aller Betroffenen zu verdeutlichen.

Bezüglich des morgigen Treffens mit dem Bundeswirtschaftsminister wisse er, dass Demonstrationen beantragt und über soziale Netzwerke organisiert wurden. In welchem Umfang könne er aber an dieser Stelle nicht genau sagen. Er selbst halte die Kurzfristigkeit des Treffens für eine taktische Entscheidung, um Demonstrationen zu erschweren.

Die Klage sei noch nicht eingereicht worden, da es zurzeit noch nichts zu klagen gebe. Bisher seien jedoch Aussagen der Bundesregierung und Schriftwechsel zusammengetragen worden, um z.B. bei einem Beschluss eines LNG-Gesetzes seitens des Bundestages alle Unterlagen vorliegen zu haben und sofort rechtliche Schritte einleiten zu können. Eine weitere Klagemöglichkeit würde sich eröffnen, wenn das Verfahren der Genehmigung abgeschlossen wird, oder wenn vorzeitige Maßnahmen ergriffen werden. All diese Möglichkeiten behalte man zurzeit im Auge.

Frau Löhr möchte wissen, ob es seitens der Regierung bereits jetzt Formfehler oder nicht eingehaltene Fristen gegeben habe.

Herr Schneider antwortet, dass aus juristischer Sicht empfohlen wurde zu warten bis handfeste Beweise und Aktionen vorliegen, gegen die man juristisch vorgehen könnte.

Herr Gardeja wir werden nicht nur den juristischen Weg beschreiten, sondern auch Umweltverbände, die Ostseeküsten Allianz, die Deutsche Umwelthilfe in den einzelnen Verfahrensabschnitten hinzuziehen und schauen in wie weit wir tätig werden können. Das Verfahren selbst werde aber schon seit vielen Wochen vorbereitet. Es habe bereits Formfehler gegeben und all diese zusammengetragenen Punkte werden gesammelt, sondiert und vorbereitet im Hinblick auf die kommende Klage.

Herr Schneider verweist nochmal auf einige Anfragen bezüglich der Möglichkeiten

von Einzelklagen wie z.B. beim Dieselskandal. Er werde dies an die Anwälte heran tragen und prüfen lassen. Viele Einzelkläger, die sich in einer Sammelklage zusammenschließen, würden aus seiner Sicht den Druck auf die Bundesregierung noch erhöhen.

Herr Pede äußert, dass Demokratie in Berlin nicht gelebt werde. Er selbst habe sich den Livestream des Petitionsausschusses angesehen und war entsetzt darüber wie die Anwesenden seitens der Staatssekretäre usw. vorgeführt wurden. Abgesehen davon gehe es aber um die Insel Rügen und er habe festgestellt, dass alle sich auf die Umwelt beziehen. Seiner Ansicht nach interessiere sich das grüne Umweltministerium nicht für die Umwelt, was z.B. durch das Abschalten sauberer Energiequellen verdeutlicht werde. Die einzige Möglichkeit der Bundesregierung auf die Füße treten zu können bestehe demnach darin die Mangellage auszuräumen. Am 28.02.2023 habe der ARD eine Fakt Sendung ausgestrahlt in welcher klargestellt wurde, dass es überflüssig sei weitere Terminals zu bauen. Die Terminals im Westen seien völlig ausreichend für die Versorgung Deutschlands. Eine Versorgung der anderen Länder, unter Belastung unserer eigenen Umwelt, sehe er dabei nicht in unserem Aufgabenbereich. Der Bedarf, den Herrn Habeck bis Februar diesen Jahres hätte vorlegen sollen, sei nach wie vor nicht dargelegt worden. Somit sei eine Mangellage faktisch nicht nachgewiesen worden und könne auch nicht als tragbares Argument herhalten.

Alles in allem halte er es für sehr gut wenn alle Betroffenen an einem Strang ziehen, doch er äußert auch seine Sorge darüber, dass diese Thematik zu Wahlveranstaltung um delegiert werden könnte. Daher möchte er wissen welche Kosten für die Gemeinde Binz im Rahmen der Widerklage entstanden sind. Er selbst wisse wie hoch die Kosten für Demonstrationen und die damit verbundene Organisation seien. Er bestehe allerdings nicht sofort auf eine Antwort, sondern bittet um eine Stellungnahme zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Für morgen seien fünf Demonstrationen angemeldet und er appelliere, dass alle morgen um 13 Uhr in Mukran wenn möglich daran teilnehmen sollten.

Herr Dohrmann ergänzt abschließend für alle, die morgen bei dem Treffen in Mukran vor Ort sein werden, dass sowohl national als auch international gedacht werden müsse. Gerade in Bezug auf M-V dürfen dabei Punkte wie Emission und Lautstärke nicht außer Acht gelassen werden. Des Weiteren bekräftigt er die Aussage von Herrn Pede, dass bislang keine Mangellage nachgewiesen worden sei. Er bittet darum diese Punkte mit in das morgige Gespräch zu nehmen und gegebenenfalls mit Nachdruck zu verfolgen bzw. zu verdeutlichen.

Herr Colmsee möchte wissen, ob für den morgigen Termin wieder Herr Schneider, Herr Gardeja und Herr Kurowski vor Ort sein werden bzw. geladen wurden.

Herr Kurowski bejaht die Aussage. Es handle sich um die gleiche Zusammenstellung wie bei dem Besuch des Bundeskanzlers. Um 14.15 Uhr soll es im Fährterminal in Mukran zu einer Zusammenkunft kommen. Mehr Informationen gebe es zu diesem Zeitpunkt leider nicht.

Herr Pede ergänzt, dass seitens der EU gewarnt wurde, dass zwei Terminals ausreichend seien. Darüber hinaus sei gesagt worden, dass zwei von drei eingereichten Konzepten dem Klimaziel schaden würden. Dabei handle es sich seiner Meinung nach um starke Argumente, die man auch verwenden sollte.

TOP 9. Abberufung der 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters

Beschluss-Nr. 793-38-2023

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.05.2023 die 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters, Frau Steffi Michalski, mit sofortiger Wirkung als Ehrenbeamtin abzuberaufen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13 (einstimmig)

TOP 10. Wahl 1. Stellvertreterin / Stellvertreter des Bürgermeisters

Frau Drahota schlägt im Namen der Fraktion „aus der Mitte“ Frau Rita Küster vor.

Herr Dohrmann schlägt im Namen der Fraktion „CDU“ Frau Romy Guruz vor. Er begründet die Entscheidung mit der Aussage, dass sich das Band gefestigt habe und auch kritische Entscheidungen in den Bereichen LNG und Bau gelungen getroffen und umgesetzt wurden.

Herr Schneider stellt klar, dass Frau Küster nicht zur Auswahl stehe, was auch bekannt sei.

Frau Küster erklärt, dass man das Amt unter bestimmten Umständen nicht annehmen müsse. Ein entsprechendes Attest, nach welchem sie aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Verfügung stehe, liege in ihren Personalunterlagen vor.

Frau Dr. Tomschin schlägt als ersten Stellvertreter Herrn Ron-Patrick Reinholz vor.

Herr Kurowski äußert, dass sowohl ihm als auch der Gemeindevertretung im Vorfeld nicht mitgeteilt worden sei, dass Frau Küster nicht zur Verfügung stehe. Die Regelung des Attests sei ihm nicht bekannt. Nach der Kommunalverfassung sei eine nachgeordnete Person des Bürgermeisters zu wählen, in der Regel also ein Amtsleiter. Durch die Umstrukturierung der Gemeinde kämen somit nur noch die Amtsleiter der drei Bereiche in Frage. Er halte es für schwierig unter diesen Umständen eine Entscheidung zu treffen, weist allerdings darauf hin, dass eine Wahl durch die untere Rechtsaufsichtsbehörde erbeten bzw. gefordert worden sei. Er bittet um eine Empfehlung seitens Frau Wollaeger als Sitzungsdienst.

Frau Wollaeger äußert, dass sie nicht wisse ob ein Attest für Frau Küster vorliege. Sie sei allerdings der Meinung, dass wenn Frau Küster nicht in Frage käme, über die beiden verbleibenden Anträge abzustimmen sei.

Herr Schneider weist darauf hin, dass er der erste Ansprechpartner sei und nicht Frau Wollaeger. Darüber hinaus halte er es für fragwürdig, dass hier über den Gesundheitszustand eines Amtsleiters in der Öffentlichkeit diskutiert werden müsse. Darüber hinaus sei die Situation um Frau Küster bereits bekannt, da ja bereits seit mehreren Jahren über die Thematik des stellvertretenden Bürgermeisters diskutiert werde. Frau Küster sei in der Vergangenheit dankenswerterweise als stellvertretende Bürgermeisterin eingesprungen, doch dies wolle er ihr nicht weiter zumuten. Somit

wurde in Abstimmung mit der unteren Rechtsaufsichtsbehörde besprochen, dass einer der anderen Amtsleiter zu wählen sei. Es würden zwei gültige Vorschläge vorliegen, über die jetzt abzustimmen sei.

Herr Kurowski stellt klar, dass im Falle des Nichterreichens der benötigten 9 Stimmen eine erneute Wahl stattfindet. Sollte diese wieder nicht zu der benötigten Mehrheit führen, werde die Angelegenheit in die nächste Gemeindevertreterversammlung verschoben.

Frau Dr. Tomschin: „Also ich muss ehrlich sagen ich finde es ein bisschen befremdlich. Wir haben ja die Analyse gehört der einzelnen Bereiche, die ja sehr schnell nach der Darstellung auch umgesetzt wurden in der Gemeinde. Und wenn man weiß, dass man ein bestimmtes Amt, aus welchen Gründen auch immer, nicht bekleiden kann dann ist in meinen Augen ein anderer Amtsleiter zu wählen. Der uns dann auch zur Verfügung steht, dass er angenommen wird. Und man kann nicht sagen drei stehen zur Verfügung und wir haben jetzt nur noch zwei und wir müssen die zwei jetzt als ersten oder zweiten wählen. Also ich finde die Art und Weise nicht fair.“

Herr Klein stellt den Antrag, dass der Punkt zurück genommen bzw. von der Tagesordnung gestrichen wird. In der nächsten Sitzung solle dann abgestimmt werden. Das Frau Küster aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Verfügung stehe sei ihm neu, daher müsse man sich erst beraten um dann in der nächsten Sitzung abstimmen zu können.

Herr Dohrmann äußert, dass es sich hier um eine Position handelt, die seit zwei Jahren nicht richtig besetzt sei. Er wirft die Frage in den Raum was passieren würde, wenn Herr Schneider plötzlich doch mal verhindert sei. Aus seiner Sicht gebe es keinen sachlichen Grund warum z.B. Frau Guruz, die seit Jahren das Bauamt leitet, nicht für diese Position gewählt werden soll. Man schenke den Amtsleitern ja auch in anderen Punkten Vertrauen, warum also nicht auch in dieser Position. Gleiches gelte für Herrn Reinholz, der zwar noch neu ist, aber dennoch durchaus in Frage komme. Herr Dohrmann rät von einer erneuten Verschiebung der Thematik ab und rät, dass die Gemeindevertretung ihrer Verantwortung gerecht werden solle.

Frau Drahota fasst zusammen, dass Frau Küster aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Verfügung stehe und ein entsprechendes Gutachten vorliege.

Herr Kurowski unterbricht Frau Drahota um klarzustellen, dass es hier um Personalangelegenheiten gehe. Für diese sei die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Frau Drahota bittet darum dies zu tun.

Herr Kurowski unterbricht die Sitzung um 19:20 Uhr zur Besprechung der Thematik 1. und 2. Stellvertretung des Bürgermeisters unter Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Herr Kurowski führt die Sitzung um 19:35 Uhr unter Herstellung der Öffentlichkeit fort.

Herr Kurowski entschuldigt sich im Namen der Gemeindevertretung für die Unterbrechung und das entstandene Missverständnis. Er berichtet den Zuschauern, dass im Rahmen der Diskussion eine Lösung gefunden worden sei.

Frau Drahota schlägt im Namen der Fraktion „aus der Mitte“ Herrn Ron-Patrick Reinholz als ersten stellvertretenden Bürgermeister vor.

Herr Kurowski stellt den Vorschlag von Frau Drahota zur Abstimmung.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	9
	Nein/Stimmen:	2
	Enthaltungen:	2

Die Gemeindevertretung wählte in ihrer Sitzung am 11.05.2023 Herrn Ron-Patrick Reinholz zum 1. Stellvertreter des Bürgermeisters.

TOP 11. Wahl 2. Stellvertreterin / Stellvertreter des Bürgermeisters

Herr Müller schlägt im Namen der „SPD“ Fraktion Frau Romy Guruz als zweite Stellvertreterin des Bürgermeisters vor.

Herr Kurowski stellt den Vorschlag von Herrn Müller zur Abstimmung.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	11
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	2

Die Gemeindevertretung wählte in ihrer Sitzung am 11.05.2023 Frau Romy Guruz zur 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters.

TOP 12. Wahl der Gemeindewahlleiterin / des Gemeindewahlleiters

Herr Kurowski erläutert dem Publikum die rechtlichen Grundlagen und den Vorschlag zur Besetzung seitens der Gemeindeverwaltung.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	12
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	1

Die Gemeindevertretung wählte in ihrer Sitzung am 11.05.2023 Frau Rita Küster zur Gemeindewahlleiterin.

TOP 13. Wahl der stellvertretenden Gemeindewahlleiterin / des stellvertretenden Gemeindewahlleiters

Herr Kurowski erläutert dem Publikum die rechtlichen Grundlagen und den Vorschlag zur Besetzung seitens der Gemeindeverwaltung.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	13 (einstimmig)
-------------	-------------	-----------------

Die Gemeindevertretung wählte in ihrer Sitzung am 11.05.2023 Frau Tamara Pampuch zur stellvertretenden Gemeindewahlleiterin.

Herr Dohrmann erklärt, dass man sich nicht gegen Herrn Reinholz gestellt habe. Herr Reinholz sei allerdings erst so kurz im Amt und er persönlich könne nicht nachvollziehen wieso hier so gearbeitet werde, dass nicht der Ort im Vordergrund stehe sondern nur Personen.

Herr Kurowski merkt an, dass Anmerkungen zu den jeweiligen Tagespunkten gemacht werden sollten, da es eine Geschäftsordnung gebe.

TOP 14. Beschlussvorschlag zur 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022/2023 und dem dazugehörigen Nachtragshaushaltsplan

Herr Schneider weist darauf hin, dass Herr Mehlhorn im Hauptausschuss einen guten Vorschlag gemacht habe. Dabei ging es darum die zweite noch ausstehende IT-Stelle so schnell wie möglich zu besetzen. Die aktuelle Krankheit des IT Kollegen zeige, dass eine zweite Stelle dringend gebraucht werde. Er äußert, dass er sich über einen Antrag von Herrn Mehlhorn diesbezüglich freuen würde.

Herr Kurowski merkt an, dass Vorsicht bei bestimmten Aussagen in Bezug auf Persönlichkeitsrechte geboten sei.

Herr Mehlhorn stellt den Antrag den Stellenplan bereits jetzt um eine zweite Stelle in Bereich IT zu ergänzen. Die Begründung hierfür sei das Vorantreiben des Themas Digitalisierung und eine frühzeitige fachliche Einarbeitung neuer Kollegen.

Herr Kurowski ergänzt, dass die Stelle für den kommenden Stellenplan schon vorgesehen sei. Er stellt den Antrag von Herrn Mehlhorn zur Abstimmung.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13 (einstimmig)

Beschluss-Nr. 794-38-2023

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.05.2023 die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022/2023 und den dazugehörigen Nachtragshaushaltsplan Gemeinde Ostseebad Binz, einschließlich der Ergänzung um einen zweiten Mitarbeiter im Bereich IT durch Herrn Mehlhorn.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13 (einstimmig)

TOP 15. Vorstellung des Prüfungsauftrages des Beschlusses Nr. 753-35-2023 bezüglich eines Konzepts für einen Neubau der Regionalen Schule, sowie Kindertagesstätte, Hort und Freizeitzentrum auf dem MZO-Gelände auf einem Campus gemeinsam mit der Grundschule

Frau Guruz erklärt, dass es sich um einen Prüfungsauftrag in Bezug auf das MZO-Gelände handle. An erster Stelle seien die groben Mindestbedarfe aufgeführt, die sich wie folgt aufschlüsseln:

- Hort | Freizeitzentrum 1.000 m² + Außenanlage 800 m² (für 150 Kinder)
- Krippe | Kita 1.400 m² + Außenanlage 1.500 m² (für 120 Kinder)
- Grundschule (zweizügig) 2.840 m² + Sporthalle 850 m² + Außensportanlage

- 1.475 m² + Schulhof 1.000 m² (für 160-200 Schüler)
- Regionale Schule (zweizügig) 3.875 m² + Sporthalle 850 m² + Außensportanlage 1.600 m² + Schulhof 1.250 m² (für 220-300 Schüler)
- Gymnasialer Zweig (zweizügig) 4.200 m² + Sporthalle 850 m² + Außensportanlage 1.600 m² + Schulhof 1.300 m² (für 180-260 Schüler)

Weiter erklärt sie, dass das MZO-Gelände in etwa 11.250 m² umfasse. Davon werden etwa 850 m² Fläche von der neuen Sporthalle „Küstenkinder“ und 1.250 m² Grundfläche von der Grundschule in Anspruch genommen. Somit stünden noch 9.150 m² der Fläche zur Verfügung. Darüber hinaus sei entsprechend der 3. Änderung Bebauungsplan 9 auf dem Gelände der Grundschule noch ein Baufeld in Größe von 887 m² vorhanden, welches als Gemeinbedarfsfläche in der Kategorie Bildung festgeschrieben sei und eine Geschossigkeit von 3 plus Staffel zulasse.

Nach Prüfauftrag wurden mehrere Konzepte erarbeitet und berechnet, wobei anzumerken sei, dass die Werte nur den Mindestflächenbedarf aufzeigen. Die Zu- und Anordnung der Flächen, etwa unter Einbeziehung von Erschließungsflächen für die multi-funktionale Nutzung, der Mehrfachnutzung von Räumen oder des Einsatzes von mobilen Wänden, sowie der Flächenbedarf, unter anderem für die Gemeinschafts- und die Aufenthaltsbereiche, werden sich in der Praxis an dem pädagogischen Gesamtkonzept und den Gegebenheiten vor Ort orientieren, also der projektspezifische Entwicklung müssen. Diese Ausarbeitung diene lediglich einer pauschalen Bewertung der Kapazitäten:

Auf den Flächen des MZO:

Konzept 1: Schulzentrum (Grundschule, Regionale Schule mit gymnasialen Zweig)

Benötigt werden würde: 970 m² Regionale Schule (viergeschossig) ODER
 1.290 m² Regionale Schule (dreigeschossig)
 1.050 m² Gymnasialer Zweig (viergeschossig) ODER
 1.400 m² Gymnasialer Zweig (dreigeschossig)
 3.200 m² Außensportanlage
 1.320 m² Zweifeldsporthalle
 3.550 m² Schulhofbedarf
 2.500 m² Verkehrsfläche

Ergebnis: Konzept 1 würde die zur Verfügung stehenden Kapazitäten überschreiten und wurde somit als „Realisierbarkeit nicht möglich“ eingestuft.

Konzept 2: Schulzentrum (Grundschule, Regionale Schule ohne gymnasialen Zweig)

Benötigt werden würden: 970 m² Regionale Schule (viergeschossig) ODER
 1.290 m² Regionale Schule (dreigeschossig)
 3.000 m² Außensportanlage
 850 m² Einfeldsporthalle
 2.250 m² Schulhofbedarf
 2.000 m² Verkehrsfläche

Ergebnis: Konzept 2 wäre nur durch Abriss der Grundschule und Erweiterung der Sporthalle der Küstenkinder realisierbar und wurde somit als „Realisierbarkeit nur mit Abriss möglich“ eingestuft.

Konzept 3: Kinderzentrum (KiTa, Grundschule, Hort und Freizeitzentrum)

Benötigt werden würden: 470 m² KiTa (dreigeschossig)
335 m² Hort | Freizeitzentrum (dreigeschossig)
1.475 m² Außensportanlage Grundschule
1.500 m² Außenanlage KiTa
400 m² Außenanlage Hort | Freizeitzentrum
1.000 m² Schulhof
1.500 m² Verkehrsfläche

Ergebnis: Konzept 3 wäre ohne Änderung des Bebauungsplanes direkt realisierbar und wurde somit als „in hoher Qualität realisierbar“ eingestuft.

Darüber hinaus sei das unbebaute Grundstück der Dollahner Straße betrachtet und für verschiedene Konzepte geprüft worden.

Grundsätzlich stünde hier eine Fläche von ca. 18.000 m² zur Verfügung.

Konzept 1: Schulzentrum (KiTa, Grundschule, Hort, Freizeitzentrum, Regionale Schule mit gymnasialen Zweig)

Benötigt werden würden: 470 m² KiTa (dreigeschossig)
335 m² Hort | Freizeitzentrum (dreigeschossig)
1.475 m² Außensportanlage Grundschule
1.500 m² Außenanlage KiTa
400 m² Außenanlage Hort | Freizeitzentrum
970 m² Regionale Schule (viergeschossig) ODER
1.290 m² Regionale Schule (dreigeschossig)
1.050 m² Gymnasialer Zweig (viergeschossig) ODER
1.400 m² Gymnasialer Zweig (dreigeschossig)
2.800 m² Außensportanlage
1.440 m² Dreifeldsporthalle
3.500 m² Schulhofbedarf
2.500 m² Verkehrsfläche

Ergebnis: Konzept 1 als Gesamtschulkomplex mit KiTa, Hort und Freizeitzentrum wäre mit einer Fläche von rund 1.600 m² realisierbar und wurde somit als „in hoher Qualität realisierbar“ eingestuft.

Konzept 2: Schulzentrum – ohne Grundschule (Regionale Schule mit gymnasialen Zweig)

Benötigt werden würden: 970 m² Regionale Schule (viergeschossig) ODER
1.290 m² Regionale Schule (dreigeschossig)
1.050 m² Gymnasialer Zweig (viergeschossig) ODER
1.400 m² Gymnasialer Zweig (dreigeschossig)
2.800 m² Außensportanlage Gesamtschule
1.320 m² Zweifeldsporthalle
1.400 m² Dreifeldsporthalle
3.000 m² Schulhofbedarf
2.500 m² Verkehrsfläche

Ergebnis: Konzept 2 als Regionale Schule mit gymnasialen Zweig und Dreifeldhalle wäre mit rund 12.000 m² (viergeschossige Bauweise) realisierbar und wurde daher als „in hoher Qualität realisierbar“ eingestuft.

Zur Verdeutlichung der Größenverhältnisse und der Dichte geht sie auf das Beispiel

der Regionalen Schule ein. Hier liege eine Gesamtfläche von 7.800 m² vor. Diese sei bereits wie folgt bebaut:

- 790 m² Sporthalle
- 310 m² Haus 2
- 780 m² Haus 1

Daraus ergeben sich 5.920 m² (inkl. 1.300 m² Sportfläche) zur Verfügung stehende Fläche, die allerdings wie an Bildern verdeutlicht wird, die Freiraum für zusätzliche Bauten ließe.

Konzept 1: Schulzentrum – ohne Grundschule (Regionale Schule mit gymnasialen Zweig – einzügig)

Benötigt werden würde zusätzlich: 930 m² Gymnasialer Zweig (dreigeschossig) und eine Zweifeldhalle

Ergebnis: Konzept 1 wäre nur durch Abriss der Sporthalle und Schulanbau möglich und wird als schwierig eingestuft, da der ohnehin begrenzte Außenflächenanteil dann noch mehr reduziert werden müsste.

Herr Kurowski bedankt sich bei Frau Guruz für die Präsentation und bittet darum, dass diese der Gemeindevertretung zeitnah zur Verfügung gestellt werde.

Frau Guruz erklärt, dass die Präsentation nur eine grobe Zusammenfassung sei, die sie schnellstmöglich der Gemeindevertretung zur Verfügung stellen werde. Es werde aber noch eine genauere Ausarbeitung folgen, in der dann auch erklärt werde woraus sich die genauen Zahlen ableiten.

Herr Müller bedankt sich ebenfalls bei Frau Guruz für die Ausarbeitung. Sein Vorschlag wäre diese Informationen mit in die Fraktionen zu nehmen, sich dort auszutauschen und Ideen zu sammeln, um diese dann in der nächsten Gemeindevertreterversammlung besprechen zu können.

Herr Kurowski merkt an, dass der nächste Ausschuss für Soziales, Bildung und Sport kurz bevor stehe und diese Präsentation sicherlich thematisieren werde.

Herr Mehlhorn bedankt sich bei Frau Guruz für die Ausarbeitung, die eine sehr gute Grundlage für die weitere Besprechung und Planung biete. Er freue sich auf die Unterlagen und die weiteren Arbeitsschritte.

Herr Dohrmann bedankt sich ebenfalls für die gute Ausarbeitung und möchte wissen ob Fördermittel für das MZO-Gelände vorhanden sind bzw. berücksichtigt wurden, oder ob die mit 35% geförderte Sporthalle der Küstenkinder berücksichtigt wurde.

Frau Guruz erklärt, dass die Sporthalle der Küstenkinder seit 2019 stehe, aber die Fördermittel nach wie vor noch nicht eingegangen seien, aber die Bindefrist entsprechend lange laufen wird. Sie werde die Thematik der Fördergelder aber gern nochmal aufarbeiten.

Herr Schneider ergänzt, dass auch für die gesamten Toilettenanlagen, die im letzten Jahr gebaut wurden, noch keine Fördergelder geflossen seien. In diesem Zuge bedankt er sich bei den Mitarbeitern, die gekonnt mit dem vorhandenen Geld jonglieren und es immer wieder schaffen den Haushalt rund zu halten und Investitionen möglich zu machen.

Herr Kurowski bittet darum, dass geprüft werde ob der Bedarf an Schulplätzen etc. auch nach 2030 noch vorhanden sei. Da Binz als Schulstandort eventuell ein auslaufender Standort sein könnte.

TOP 16. Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Zentrum“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre

Beschluss-Nr. 795-38-2023

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.05.2023 gemäß § 14, 16 und 17 Abs. 1 BauBG die Satzung über die erste Veränderung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Zentrum“ der Gemeinde Ostseebad Binz für ein weiteres Jahr.

Die erste Verlängerung der Geltungsdauer der Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13 (einstimmig)

TOP 17. Beschlussvorlage über das gemeindliche Einvernehmen zum Bauvorhaben: „Nutzungsänderung von Einzelhandel zu Café sowie Errichtung einer Werbeanlage“ – Strandpromenade 24

hier: Antrag auf Ausnahme nach § 14 Abs. 2 BauBG von der Veränderungssperre im Bereich der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Zentrum“ der Gemeinde Ostseebad Binz

Beschluss-Nr. 796-38-2023

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 11.05.2023 im Rahmen des Bauantrages: „Nutzungsänderung von Einzelhandel zu Café sowie Errichtung einer Werbeanlage – Strandpromenade 24“ über die Ausnahme von der Veränderungssperre im Bereich der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Zentrum“ für die Nutzungsänderung sowie über den Antrag auf Einrichtung einer „Werbeanlage“ und der damit verbundenen Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens.

Frau Guruz erklärt, dass die Verwaltung den Antrag befürworte, da die Gastronomie und der Einzelhandel geschützt blieben und es sich lediglich um einen Tausch vom Einzelhandel zu einem Café handle.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13 (einstimmig)

TOP. 18 Bestellung eines Mitgliedes des Seniorenbeirates der Gemeinde Ostseebad Binz

Beschluss-Nr. 797-38-2023

Die Gemeindevertreter bestellen in ihrer Sitzung am 11.05.2023 in offener Abstimmung ein weiteres Mitglied des Seniorenbeirates bis zum Ende der Wahlperiode.

Herr Kurowski würdigt in diesem Zuge die tolle Arbeit des Seniorenbeirates.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13 (einstimmig)

Herr Kurowski beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:08 Uhr.

gez. Mario Kurowski
Vorsitzender der Gemeindevertretung

gez. Tamara Pampuch
Protokollantin